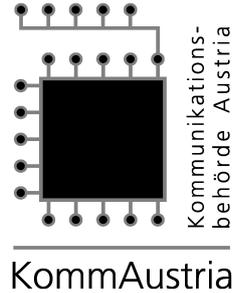


Behörde (Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail, DVR)

**Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)**

bei der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH  
Mariahilfer Straße 77-79, 1060 Wien  
Telefon: 01/58058-0, Telefax: 01/58058-9191, E-Mail: rtr@rtr.at



•

**RSb**

B

p.A. Sanitätsgemeindeverband B

**Zahl** (Bitte bei Antworten angeben!)

KOA 13.500/13-096

Sachbearbeiter/in

Dr. Lais

☎ Nebenstelle

468

Datum

15.03.2013

## Straferkenntnis

Sie haben

als Obmann des Sanitätsgemeindeverbandes B und somit als gemäß § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz 1991 (VStG), BGBl. Nr. 52 idF BGBl. I Nr. 33/2013, nach außen hin für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften strafrechtlich Verantwortlicher dieses Verbandes, zu verantworten, dass der Sanitätsgemeindeverband B in C, Bekanntgaben gemäß § 2 Abs. 4 und gemäß § 4 Abs. 2 Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz (MedKF-TG), BGBl. I Nr. 125/2011, an die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) innerhalb des Zeitraums von 01.10.2012 bis 15.10.2012 sowie in der mit Schreiben zu KOA 13.250/12-001 gesetzten Nachfrist von vier Wochen, somit bis 26.11.2012, über die unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at) („eRTR/Anmeldung“) abrufbare Webschnittstelle unterlassen hat.

Sie haben dadurch folgende Rechtsvorschriften verletzt:

1. § 5 Abs. 1 iVm § 2 Abs. 1, 4 MedKF-TG iVm § 9 Abs. 1 VStG

2. § 5 Abs. 1 iVm § 4 Abs. 1, 2 MedKF-TG iVm § 9 Abs. 1 VStG

Wegen dieser Verwaltungsübertretungen wird über Sie folgende Strafe verhängt:

Geldstrafe von	falls diese uneinbringlich ist, Ersatzfreiheitsstrafe von	Freiheitsstrafe von	Gemäß
<b>1. 60 Euro</b>	<b>1 Stunde</b>	<b>1. bis 2.) keine</b>	§ 5 Abs. 1 MedKF-TG iVm §§ 16 und 19 VStG
<b>2. 60 Euro</b>	<b>1 Stunde</b>		§ 5 Abs. 1 MedKF-TG iVm §§ 16 und 19 VStG

Weitere Verfügungen (zB Verfallsausspruch, Anrechnung von Vorhaft):

Gemäß § 9 Abs. 7 VStG haftet der Sanitätsgemeindeverband B für die verhängten Geldstrafen sowie die Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand.

Ferner haben Sie gemäß § 64 des Verwaltungsstrafgesetzes (VStG) zu zahlen:

- **12 Euro** als Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens, das sind 10 % der Strafe (je ein Tag Freiheitsstrafe wird gleich 15 Euro angerechnet);
- **– Euro** als Ersatz der Barauslagen für

Der zu zahlende **Gesamtbetrag** (Strafe/Kosten/Barauslagen) beträgt daher

**132,-- Euro.**

Der **Gesamtbetrag (Strafe/Kosten)** ist – unter Angabe der **Geschäftszahl KOA 13.500/13-096** – auf das Konto der RTR-GmbH mit der KontoNr. 292-312-809/09, BLZ 20.111 (IBAN: AT93 20111 292312809/09, BIC: GIBAATWWXXX) zu überweisen.

**Zahlungsfrist:**

Wird keine Berufung erhoben, so ist der Bescheid sofort vollstreckbar. Der Gesamtbetrag (Strafe, Kosten, Barauslagen) ist sodann unverzüglich entweder auf das oben angegebene Konto zu überweisen oder unter Mitnahme dieses Bescheides bei der Behörde einzuzahlen. **Bei Verzug** muss damit gerechnet werden, dass der Betrag – ohne vorhergehende Mahnung – **zwangsweise eingetrieben** und im Fall seiner Uneinbringlichkeit die **Ersatzfreiheitsstrafe vollstreckt** wird.

## **Begründung:**

### **1. Gang des Verfahrens**

Mit Schreiben vom 07.12.2012, KOA 13.500/12-010, leitete die KommAustria gegen den Beschuldigten als Obmann des Sanitätsgemeindeverbandes B und damit als für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften strafrechtlich Verantwortlichen ein Verwaltungsstrafverfahren ein und forderte den Beschuldigten zur Rechtfertigung hinsichtlich der Vorwürfe auf, er habe es zu verantworten, dass der Sanitätsgemeindeverband B die Bekanntgabe von Daten gemäß § 2 Abs. 1 und gemäß § 4 Abs. 1 MedKF-TG an die KommAustria innerhalb des Zeitraums von 01.10.2012 bis 15.10.2012 sowie in der mit Schreiben zu KOA 13.250/12-001 gesetzten Nachfrist von vier Wochen, das ist im Zeitraum von 29.10.2012 bis 26.11.2012, auf der unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at) unter „eRTR/Anmeldung“ abrufbaren Webschnittstelle unterlassen habe.

Mit E-Mail vom 14.12.2012 wurde von Seiten der Stadtgemeinde C zu diesem Vorwurf Stellung bezogen. Die versehentliche Unterlassung der Meldung nach dem Medientransparenzgesetz werde sehr bedauert. Der Beschuldigte habe im Zusammenhang mit der Meldungslegung in gutem Glauben auf die Abwicklung durch das Stadamt C vertraut. Der Beschuldigte sei zwar Obmann des Sanitätsgemeindeverbandes C, darüber hinaus aber mit keinerlei administrativen Arbeiten befasst. Es handle sich um eine politische Funktion. Die Meldung – es hätte sich um eine Leermeldung gehandelt – wurde irrtümlich von einem Mitarbeiter der Stadtgemeinde C unterlassen. Grund dafür sei die Tatsache gewesen, dass für die Stadtgemeinde C eine Leermeldung getätigt worden sei und daher angenommen worden sei, dass dies damit für den gesamten Bereich der Stadtgemeinde C erledigt wäre. Dass der Sanitätsgemeindeverband B eine eigene Meldeverpflichtung zu erfüllen habe, sei dem zuständigen Mitarbeiter entgangen. Dies sei vermutlich auch geschehen, weil es sich um die erstmalige Meldungsverpflichtung handelte und der Vorgang sozusagen noch nicht „in Fleisch und Blut“ übergegangen sei. Dieser Irrtum, der sicherlich einmalig bleiben werde, sei also nicht dem Beschuldigten anzulasten, sondern persönlich dem zuständigen Mitarbeiter der Stadtgemeinde C. Abschließend werde eine zukünftige zeitgerechte Meldungslegung zugesichert. Man hoffe auf eine kulante Abwicklung des Verfahrens.

Die Äußerung der Stadtgemeinde C wurde dem Beschuldigten mit Schreiben vom 20.02.2013, KOA 13.500/13-068, zur allfälligen Stellungnahme binnen zwei Wochen übermittelt. Das Schreiben wurde am 25.02.2013 hinterlegt. Der Beschuldigte hat innerhalb dieser Frist keine Stellungnahme abgegeben.

### **2. Entscheidungsrelevanter Sachverhalt**

Der Sanitätsgemeindeverband B ist ein Gemeindeverband. Der Beschuldigte ist Obmann des Sanitätsgemeindeverbandes B. Er hatte diese Funktion auch bereits im Zeitraum von 01.10.2012 bis 26.11.2012 inne.

Am 20.06.2012 hat der Rechnungshof des Bundes auf Grundlage seiner Verpflichtung gemäß § 1 Abs. 3 BVG Medienkooperation und Medienförderung (BVG MedKF-T) der KommAustria eine Liste mit ihm bekannten, seiner Kontrolle unterliegenden Rechtsträgern übermittelt (GZ 200.093/018 1A4/12). Der Sanitätsgemeindeverband B ist auf dieser Liste angeführt.

Die KommAustria hat den Sanitätsgemeindeverband B mit Schreiben vom 02.07.2012, KOA 13.200/12-006, über dessen Bekanntgabepflichten nach dem MedKF TG informiert und ihm dessen Zugangsdaten für die Webschnittstelle übermittelt, über die die Bekanntgaben vorgenommen werden müssen. Das Schreiben ist dem Sanitätsgemeindeverband B am 05.07.2012 zugestellt worden. Die Zustellung ist durch Übernahme des Schreibens ausgewiesen.

Das MedKF-TG ist am 01.07.2012 in Kraft getreten. Von 01. bis 15.10.2012 hat die erste Meldephase nach dem Gesetz stattgefunden. Bekanntzugeben waren Daten betreffend das 3. Quartal des Jahres 2012.

Der Sanitätsgemeindeverband B hat in der Meldefrist von 01.10.2012 bis 15.10.2012 keine Bekanntgaben in der Webschnittstelle vorgenommen. Mit am 25.10.2012 versandten Schreiben, KOA 13.250/12-001, hat die KommAustria dem Sanitätsgemeindeverband B eine Nachfrist von vier Wochen für die Bekanntgaben gesetzt. Dieses Schreiben ist dem Sanitätsgemeindeverband B am 29.10.2012 zugestellt worden. Die Zustellung ist durch Übernahme des Schreibens ausgewiesen. Auch in der Nachfrist, die dem Sanitätsgemeindeverband B von der KommAustria gesetzt worden ist, dh. bis 26.11.2012, sind keine Bekanntgaben erfolgt.

Der Sanitätsgemeindeverband B hat im 3. Quartal des Jahres 2012 keine Aufträge iSv § 2 Abs. 1 MedKF-TG erteilt und keine Förderungen iSv § 4 Abs. 1 MedKF-TG zugesagt, die ein Ausmaß erreicht hätten, das eine genaue Dateneingabe erforderlich gemacht hätte. Der Sanitätsgemeindeverband B hätte daher „Leermeldungen“ abgeben

müssen.

In der Meldefrist betreffend das 4. Quartal des Jahres 2012 von 01.01.2013 bis 15.01.2013 hat der Sanitätsgemeindeverband B fristgerechte Bekanntgaben vorgenommen.

Der Beschuldigte ist X. Vizebürgermeister der Stadtgemeinde C. Die KommAustria geht von einem monatlichen Nettoeinkommen des Beschuldigten von EUR 2.073,-- aus.

### **3. Beweiswürdigung**

Die Feststellungen zum Sanitätsgemeindeverband B und zur Funktion des Beschuldigten bei diesem Verband beruhen auf dem glaubwürdigen Vorbringen der Stadtgemeinde C sowie der Liste, die der Rechnungshof der KommAustria am 20.06.2012 auf Grund seiner Verpflichtung nach § 1 Abs. 3 BVG MedKF-G übermittelt hat. Die Verantwortlichkeit des Beschuldigten als Obmann für die Einhaltung der Regelungen des MedKF-TG durch den Sanitätsgemeindeverband B wurde im Verfahren nicht bestritten.

Die Feststellungen zur Zustellung des Schreibens vom 02.07.2012, KOA 13.200/12-006, des Schreibens der KommAustria, mit dem die Nachfrist gesetzt wurde, KOA 13.250/12-001, und des Schreibens vom 20.02.2013, KOA 13.500/13-068, ergeben sich aus den entsprechenden Zustellnachweisen in den Akten der KommAustria.

Die Feststellung zur Unterlassung der Bekanntgabe innerhalb der dafür vorgesehenen Fristen und zur fristgerechten Vornahme der Bekanntgaben betreffend das 4. Quartal des Jahres 2012 beruhen auf den – auch für den Beschuldigten einsehbaren – Aufzeichnungen in der Webschnittstelle.

Die Feststellung, dass nur „Leermeldungen“ abzugeben gewesen wären, ergibt sich aus dem glaubwürdigen Vorbringen von Seiten der Stadtgemeinde C.

Die Feststellung hinsichtlich des monatlichen Einkommens des Beschuldigten ergibt sich aus Datensätzen der Statistik Austria über das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen eines unselbständigen Erwerbstätigen im Jahr 2011.

### **4. Rechtliche Beurteilung**

#### **4.1. Zuständigkeit der Behörde/Rechtsgrundlagen**

Nach § 1 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Einrichtung einer Kommunikationsbehörde Austria („KommAustria“) und eines Bundeskommunikationssenates (KommAustria-Gesetz – KOG, BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 125/2011) ist die KommAustria für die Kontrolle der Einhaltung der Bekanntgabepflichten in Bezug auf Medienkooperationen, Werbeaufträge und Förderungen nach Maßgabe bundesgesetzlicher Vorschriften zuständig. Die „Wahrnehmung der Aufgaben nach dem MedKF-TG, BGBl. I Nr. 125/2011“ zählt demgemäß nach § 2 Abs. 1 Z 12 KOG zu den Aufgaben der KommAustria.

Gemäß § 5 Abs. 1 MedKF-TG begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu 20.000 Euro, im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe bis zu 60.000 Euro, zu bestrafen, wer seiner Bekanntgabepflicht gemäß § 2 oder § 4 bis zu dem in § 2 Abs. 3 genannten Zeitpunkt nicht nachkommt und auch die Nachfrist gemäß § 3 Abs. 2 ungenutzt verstreichen lässt.

#### **4.2. Zum objektiven Tatbestand – Verletzung des § 5 Abs. 1 MedKF-TG**

Auf Grund der Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens steht fest, dass der Sanitätsgemeindeverband B von den Bekanntgabepflichten nach § 2 und nach § 4 MedKF-TG betroffen ist und diesen in Bezug auf das 3. Quartal 2012 nicht fristgerecht nachgekommen ist.

§ 5 Abs. 1 MedKF-TG lautet:

#### **„Verwaltungsstrafe**

*§ 5. (1) Wer seiner Bekanntgabepflicht gemäß § 2 oder § 4 bis zu dem in § 2 Abs. 3 genannten Zeitpunkt nicht nachkommt und auch die Nachfrist gemäß § 3 Abs. 2 ungenutzt verstreichen lässt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 20 000 Euro, im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe bis zu 60 000 Euro zu bestrafen.“*

Die maßgeblichen Regelungen der §§ 2, 3 und 4 MedKF-TG lauten:

### **„Bekanntgabepflicht bei Aufträgen**

§ 2. (1) *Zu dem in § 1 genannten Zweck haben die in Art. 126b Abs. 1, 2 und 3, Art. 126c, Art. 127 Abs. 1, 3 und 4, Art. 127a Abs. 1, 3, 4 und 9 und Art. 127b Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes – B VG, BGBl. Nr. 1/1930, angeführten sowie sonstige durch Gesetz der Rechnungshofkontrolle unterworfenen Rechtsträger für sämtliche entweder direkt oder unter Vermittlung über Dritte erteilten Aufträge*

1. *über (audiovisuelle) kommerzielle Kommunikation gemäß § 1a Z 6 des ORF-Gesetzes – ORF G, BGBl. I Nr. 83/2001, § 2 Z 2 des Audiovisuelle Mediendienste-Gesetzes – AMD G, BGBl. I Nr. 84/2001, und Werbung und Patronanz gemäß § 19 Abs. 1 und 5 des Privatradiogesetzes – PrR G, BGBl. I Nr. 20/2001, sowie über Beiträge im Dienste der Öffentlichkeit im Inhaltsangebot des ORF (§ 14 Abs. 9 ORF-G) oder in Hörfunkprogrammen nach dem PrR-G oder in audiovisuellen Mediendiensten nach dem AMD-G und*

2. *über entgeltliche Veröffentlichungen gemäß § 26 MedienG an Medieninhaber eines periodischen Druckwerks oder sonst an Medieninhaber eines periodischen elektronischen Mediums*

*den Namen des jeweiligen periodischen Mediums, in dem - mit Ausnahme der Fälle des Abs 4 -Veröffentlichungen vorgenommen wurden, sowie die Gesamthöhe des jeweils innerhalb für die innerhalb eines Quartals erfolgten Veröffentlichungen (Z 1 und 2) zu leistenden Entgelts nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen bekanntzugeben. Für die nach Z 2 erfassten periodischen Druckwerke bezieht sich die Bekanntgabepflicht auch auf entgeltliche Veröffentlichungen in den dem periodischen Druckwerk angefügten Beilagen oder Sondertitel.*

(2) ...

(3) *Die Bekanntgabe des Auftraggebers, des Namens des periodischen Mediums und der Gesamthöhe des geleisteten Entgelts für Veröffentlichungen in dem jeweiligen periodischen Medium hat durch die dazu Verpflichteten elektronisch im Wege einer Webschnittstelle (Web-Interfaces) an die KommAustria zu erfolgen. Die Bekanntgabe hat quartalsweise jeweils innerhalb von zwei Wochen gerechnet ab dem Ende eines Quartals zu erfolgen. Die Veröffentlichung dieser Daten durch die KommAustria bestimmt sich nach § 3 Abs. 3.*

(4) *Wurden für einen Rechtsträger keine Aufträge im Sinne des Abs. 1 im jeweils maßgeblichen Quartal durchgeführt oder beträgt die Gesamthöhe des Entgelts der von einem Medieninhaber eines periodischen Mediums durchgeführten Aufträge nicht mehr als 5000 Euro im jeweiligen Quartal, so ist dies im Wege der Webschnittstelle (Abs. 3) innerhalb der in Abs. 3 genannten Frist gesondert bekanntzugeben. Die Veröffentlichung dieser Information durch die KommAustria richtet sich nach § 3 Abs. 3.*

(5) *Das geleistete Entgelt ist jeweils als Nettoentgelt anzugeben. Bei Tausch- oder tauschähnlichen Geschäften ist der gemeine Wert anzugeben. Für die Bekanntgabepflicht maßgeblich ist jeweils der Zeitpunkt der Leistungserbringung.“*

### **„Verfahren und Details zur Veröffentlichung**

§ 3. (1) ...

(2) *Wird innerhalb der in § 2 Abs. 3 genannten Frist von einem Rechtsträger weder eine Bekanntgabe über erteilte Aufträge vorgenommen noch eine Bekanntgabe veranlasst, dass keine Bekanntgabepflicht besteht, so ist dem betreffenden Rechtsträger von der KommAustria eine Nachfrist von vier Wochen zu setzen.*

(3) – (6) ...“

### **„Bekanntgabepflicht und Veröffentlichung von Förderungen und Programmengelt**

§ 4. (1) *Zusätzlich zu den Bekanntgabepflichten nach § 2 Abs. 1 haben die dort angeführten Rechtsträger für an Medieninhaber eines periodischen Mediums gewährte Förderungen*

1. *aus den Fonds gemäß § 29 und § 30 des KommAustria-Gesetzes – KOG, BGBl. I Nr. 32/2001,*

2. *nach dem Presseförderungsgesetz 2004 – PresseFG 2004, BGBl. I Nr. 136/2003,*

3. *nach Abschnitt II des Publizistikförderungsgesetzes 1984 – PubFG, BGBl. Nr. 369/1984, sowie*

4. *die mit den in Z 1 bis 3 angeführten Fördermaßnahmen insofern inhaltlich vergleichbar sind, als insbesondere die inhaltliche Gestaltung, Herstellung oder Verbreitung eines periodischen Druckwerks oder die inhaltliche Gestaltung und Ausstrahlung oder Abrufbarkeit eines periodischen elektronischen Mediums gefördert werden,*

den Namen des Förderungsempfängers und die Gesamtsumme der jeweils innerhalb eines Quartals gewährten Förderungen bekanntzugeben. Maßgeblich ist die Zusage der Förderung, wobei nachträgliche Änderungen nicht zu berücksichtigen sind. § 2 Abs. 3 und 4 sowie § 3 sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Wurden von einem Rechtsträger keine Förderungen im Sinne des Abs. 1 im jeweils maßgeblichen Zeitraum vergeben oder beträgt die Gesamthöhe der Förderung an einen Medieninhaber nicht mehr als 5 000 Euro im entsprechenden Quartal, so ist dies im Wege der Webschnittstelle (§ 2 Abs. 3) gesondert bekanntzugeben.

(3) ...“

Die Bekanntgabepflichten gemäß §§ 2 und 4 MedKF-TG betreffen sämtliche Rechtsträger, die unter der Kontrolle des Rechnungshofes stehen. Das Gesetz trifft keine Unterscheidung dahingehend, ob ein Rechtsträger tatsächlich Werbeaufträge verteilt, Medienkooperationen eingetht oder Förderungen zusagt, oder ob er dazu überhaupt befugt oder in der Lage ist.

Der Sanitätsgemeindeverband B ist ein Gemeindeverband. Damit unterliegt er gemäß Art. 127a Abs. 9 B-VG, wonach die für die Überprüfung der Gebarung der Gemeinden geltenden Bestimmungen bei der Überprüfung der Gebarung der Gemeindeverbände sinngemäß anzuwenden sind, der Kontrolle des Rechnungshofes.

Der Beschuldigte hat es unterlassen, die Bekanntgaben an die KommAustria, zu denen der Sanitätsgemeindeverband B verpflichtet ist, innerhalb der zweiwöchigen Frist gemäß § 2 Abs. 3 MedKF-TG sowie innerhalb der dem Sanitätsgemeindeverband B gesetzten Nachfrist gemäß § 3 Abs. 2 MedKF-TG – dh bis zum 26.11.2012 – im Wege der dafür auf der Homepage der KommAustria bzw. der RTR-GmbH unter [www.rtr.at](http://www.rtr.at) eingerichteten Webschnittstelle vorzunehmen. Ausweislich des glaubwürdigen Vorbringens der Stadtgemeinde C wären Bekanntgaben gemäß § 2 Abs. 4 MedKF-TG und Bekanntgaben gemäß § 4 Abs. 2 MedKF-TG („Leermeldungen“) vorzunehmen gewesen.

Das Tatbild nach § 5 Abs. 1 MedKF-TG besteht in der nicht fristgerechten und damit nicht rechtzeitigen Erfüllung der Bekanntgabepflichten gemäß § 2 oder § 4 MedKF-TG. Die Tat ist mit Ablauf der Frist vollendet. Es handelt sich um ein Unterlassungsdelikt mit der Wirkung eines Zustandsdelikts.

Angesichts des festgestellten Sachverhaltes ist der Tatbestand des § 5 Abs. 1 MedKF-TG sowohl hinsichtlich der Bekanntgabepflicht nach § 2 als auch hinsichtlich der Bekanntgabepflicht nach § 4 MedKF-TG in objektiver Hinsicht erfüllt.

Im vorliegenden Fall dauerte die Frist für die Bekanntgaben von 1.10.2012 bis zum Ende der Nachfrist, die dem Sanitätsgemeindeverband B von der KommAustria gesetzt wurde, am 26.11.2012. Mit Ablauf des 26.11.2012 war die Tat vollendet.

### **4.3. Zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Beschuldigten**

Gemäß § 9 Abs. 1 VStG ist für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften durch juristische Personen oder eingetragene Personengesellschaften, sofern die Verwaltungsvorschriften nicht anderes bestimmen und soweit nicht verantwortliche Beauftragte nach § 9 Abs. 2 VStG bestellt sind, strafrechtlich verantwortlich, wer zur Vertretung nach außen berufen ist.

Der Beschuldigte war im Tatzeitraum Obmann des Sanitätsgemeindeverband B und damit zur Vertretung des Sanitätsgemeindeverband B nach außen berufen. Von der Stadtgemeinde C wurde zwar vorgebracht, dass diese die gesamten administrativen Aufgaben für den Sanitätsgemeindeverband B durchführt und der Beschuldigte insofern lediglich eine politische Funktion bekleide. Daraus ergibt sich jedoch nicht, dass auch eine andere Person als der Beschuldigte verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich ist, zumal nach den Vorgaben in § 9 des OÖ Gemeindeverbändegesetzes (LGBl. f. OÖ Nr. 51/1998 idF 113/2002) dem Obmann u.a. die Vertretung des Gemeindeverbandes nach außen und die Besorgung der behördlichen Aufgaben des Gemeindeverbandes (soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist) obliegt. Ein für die Einhaltung der Verpflichtungen nach dem MedKF-TG verantwortlicher Beauftragter nach § 9 Abs. 2 VStG war nicht bestellt. Der Beschuldigte ist daher für die Einhaltung der Verpflichtungen des Sanitätsgemeindeverband B nach dem MedKF-TG verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich.

### **4.4. Zum Verschulden des Beschuldigten**

Zur Erfüllung der subjektiven Tatseite muss die Verwaltungsübertretung dem Beschuldigten auch vorzuwerfen sein. Hierbei ist zunächst zu prüfen, ob die Verwaltungsübertretung gemäß § 5 Abs. 1 MedKF-TG als Erfolgsdelikt oder als Ungehorsamsdelikt zu qualifizieren ist.

Gemäß § 5 Abs. 1 VStG genügt, wenn eine Verwaltungsvorschrift über das Verschulden nicht anderes bestimmt, zur Strafbarkeit fahrlässiges Verhalten. Fahrlässigkeit ist bei Zuwiderhandeln gegen ein Verbot oder bei Nichtbefolgung eines Gebotes dann ohne weiteres anzunehmen, wenn zum Tatbestand einer Verwaltungsübertretung der Eintritt eines Schadens oder einer Gefahr nicht gehört und der Täter nicht glaubhaft macht, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft.

Bei Ungehorsamsdelikten besteht das Tatbild in einem bloßen Verhalten ohne Merkmal eines Erfolges. Was die innere Tatseite anlangt, ist somit zunächst festzuhalten, dass es sich bei den vorgeworfenen Verstößen gegen § 5 Abs. 1 iVm § 2 und § 5 Abs. 1 iVm § 4 MedKF-TG um Ungehorsamsdelikte handelt, weil weder der Eintritt eines Schadens noch einer Gefahr vorausgesetzt ist und nichts über das Verschulden bestimmt wird. Bei Ungehorsamsdelikten verlangt die in § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG verankerte widerlegliche Schuldvermutung zu Lasten des Täters, dass dieser von sich aus sein mangelndes Verschulden glaubhaft zu machen hat. Das bedeutet aber, dass der Beschuldigte alles initiativ darzulegen hat, was für seine Entlastung spricht. Dazu bedarf es etwa der Darlegung, dass er im Betrieb ein wirksames Kontrollsystem eingerichtet hat, sodass er unter den vorhersehbaren Verhältnissen mit gutem Grund die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften erwarten konnte (vgl. VwGH 27.04.2011, 2010/08/0172, mwN). Dabei genügt es nicht, ein derartiges Kontrollsystem abstrakt zu umschreiben. Vielmehr muss ausgeführt werden, wie das Kontrollsystem im Einzelnen funktionieren hätte sollen (VwGH 10.10.2004, 2004/02/0269), wobei es insbesondere nicht ausreicht, Mitarbeitern Belehrungen oder Dienstanweisungen über die einzuhaltenden Rechtsvorschriften zu erteilen, ohne deren tatsächliche Einhaltung auch zu kontrollieren (vgl. VwGH 4.7.2000, 2000/11/0123; 25.02.2010, 2008/09/0224). Abgesehen davon muss dargelegt werden, wieso – trotz Vorliegens eines funktionierenden Kontrollsystems – die Übertretung nicht verhindert werden konnte. Nach § 5 Abs. 2 VStG entschuldigt die Unkenntnis der Verwaltungsvorschrift, der ein Beschuldigter zuwider gehandelt haben soll, nur dann, wenn sie erwiesenermaßen unverschuldet ist und der Täter das Unerlaubte seines Verhaltens ohne Kenntnis der Verwaltungsvorschrift nicht einsehen konnte. Selbst guter Glaube stellt dann den angeführten Schuldaußschließungsgrund nicht her, wenn es Sache des Beschuldigten ist, sich mit den einschlägigen Vorschriften vertraut zu machen und im Zweifel bei der Behörde anzufragen. In der Unterlassung von diesbezüglichen Erkundigungen liegt zumindest ein fahrlässiges Verhalten.

Im Verfahren wurde nicht dargelegt, dass der Beschuldigte hinreichende Vorkehrungen getroffen hätte, um den Verpflichtungen des Sanitätsgemeindeverbandes B gemäß § 2 und § 4 MedKF-TG nachzukommen. Vorgebracht wurde, dass die Bekanntgabe von der Stadtgemeinde C unterlassen worden sei, da sie leider versehentlich übersehen worden sei. Der Beschuldigte erfülle lediglich eine politische Funktion. Er habe in gutem Glauben auf die Abwicklung durch das Stadtamt C vertraut. Der Beschuldigte ist als verwaltungsstrafrechtlich Verantwortlicher primär für die Sicherstellung der Einhaltung der den Sanitätsgemeindeverband B treffenden gesetzlichen Pflichten zuständig. Sofern er diese Pflichten nicht selbst erfüllt, muss er Maßnahmen treffen, die die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften erwarten lassen. Mit Blick auf die dargelegte Judikatur reicht es dabei keinesfalls aus, „in gutem Glauben“ auf die verlässliche Durchführung der Aufgaben durch die zuständigen Mitarbeiter zu vertrauen. Vielmehr muss die Erfüllung der Aufgaben zumindest auch regelmäßig nachgeprüft werden. Dass derartige Nachprüfungen erfolgt sind, wurde nicht vorgebracht. Ein hinreichendes Kontrollsystem war somit nicht eingerichtet. Der Sanitätsgemeindeverband B wurde durch mehrere Schreiben der KommAustria über die neuen gesetzlichen Verpflichtungen nach dem MedKF-TG informiert. Diese Schreiben sind dem Sanitätsgemeindeverband B nachweislich zugestellt worden. Entweder hätte sich also der Beschuldigte selbst mit den Informationen für den Sanitätsgemeindeverband B und seinen gesetzlichen Verpflichtungen auseinander setzen müssen oder er hätte in Form eines wirksamen Kontrollsystems Vorkehrungen dafür treffen müssen, dass dies verlässlich durch andere Personen geschieht. Ausweislich des Vorbringens von Seiten der Stadtgemeinde C hat weder der Beschuldigte selbst sich mit den gesetzlichen Pflichten auseinander gesetzt bzw. sich darüber informiert noch liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass ein hinreichendes Kontrollsystem eingerichtet gewesen wäre. Das Vorbringen im Verfahren ist somit nicht geeignet, die Schuldvermutung gegen den Beschuldigten gemäß § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG zu widerlegen.

Der Beschuldigte hat jedenfalls fahrlässig die Verwaltungsübertretungen nach § 5 Abs. 1 iVm § 2 Abs. 1, 4 sowie nach § 5 Abs. 1 iVm § 4 Abs. 1, 2 MedKF-TG, jeweils iVm § 9 Abs. 1 VStG begangen.

#### **4.5. Strafbemessung**

Grundlage für die Bemessung der Strafe ist gemäß § 19 Abs. 1 VStG stets das Ausmaß der mit der Tat verbundenen Schädigung oder Gefährdung derjenigen Interessen, deren Schutz die Strafdrohung dient, und der Umstand, inwieweit die Tat sonst nachteilige Folgen nach sich gezogen hat. Dabei kommt es nicht auf die Wertigkeit des geschützten Rechtsgutes (diese findet ihren Ausdruck bereits in der Höhe des gesetzlichen Strafrahmens), sondern auf das Ausmaß seiner Beeinträchtigung an (VwGH 02.10.2012, 2011/21/0259 mwN). Gemäß § 19 Abs. 2

VStG sind im ordentlichen Verfahren (§§ 40 bis 46) überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechtes sind die §§ 32 bis 35 des Strafgesetzbuches sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen.

Gemäß § 21 Abs. 1 VStG kann die Behörde ohne weiteres Verfahren von der Verhängung einer Strafe absehen, wenn das Verschulden des Beschuldigten geringfügig ist und die Folgen der Übertretung unbedeutend sind. Sie kann den Beschuldigten jedoch gleichzeitig unter Hinweis auf die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens mit Bescheid ermahnen, sofern dies erforderlich ist, um den Beschuldigten von weiteren strafbaren Handlungen gleicher Art abzuhalten.

Voraussetzung für die Anwendung des § 21 Abs. 1 VStG ist das kumulative Vorliegen beider in dieser Gesetzesstelle genannten Kriterien, nämlich ein geringfügiges Verschulden und lediglich unbedeutende Folgen. Von geringem Verschulden iSd § 21 VStG ist jedoch nur dann zu sprechen, wenn das tatbildmäßige Verhalten des Täters hinter dem in der betreffenden Strafdrohung typisierten Unrechtsgehalt und Schuldgehalt erheblich zurückbleibt (vgl. VwGH 16.09.2010, 2010/09/0141).

Im vorliegenden Fall tritt das tatbildmäßige Verhalten nicht erheblich hinter dem in der betreffenden Strafdrohung typisierten Unrechts- und Schuldgehalt zurück. Der Zweck des § 5 Abs. 1 MedKF-TG besteht gerade darin, das Ziel der umfassenden Transparenz sicherzustellen und die Unterlassung von Bekanntgaben gemäß § 2 und § 4 MedKF-TG zu verhindern. Das Verhalten des Beschuldigten beeinträchtigt diesen Zweck somit nicht nur unerheblich. Vielmehr liegt ein typischer Fall einer Verletzung des § 5 Abs. 1 MedKF-TG vor. Zudem ist der Beschuldigte durch mehrere Schreiben der KommAustria – die dem Sanitätsgemeindeverband B nachweislich auch zugestellt worden sind – auf die Bekanntgabepflichten des Sanitätsgemeindeverbandes B hingewiesen worden. Ein Absehen von der Strafe gemäß § 21 Abs. 1 VStG ist somit ausgeschlossen. Andere Strafausschließungsgründe liegen ebenfalls nicht vor. Die Behörde konnte daher nicht von der Verhängung einer Strafe gemäß § 21 Abs. 1 VStG absehen.

Die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen. Dass der Beschuldigte über seine Einkommensverhältnisse keine Angaben gemacht hat, kann nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes von der gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Berücksichtigung dieser Verhältnisse (§ 19 Abs. 2 VStG) nicht entbinden. Die Behörde ist vielmehr gehalten, eine Schätzung des Einkommens vorzunehmen (VwGH 31.01.2012, 2009/05/0123 mwN). Bei dieser Schätzung kann – in Ermangelung näherer Informationen – von einem Durchschnittseinkommen ausgegangen werden (VwGH 18.11.2011, 2011/02/0322 mwN). Der Beschuldigte hat es in diesem Fall seiner unterlassenen Mitwirkung zuzuschreiben, sollte die Behörde bei dieser Einschätzung zum Nachteil des Beschuldigten Umstände unberücksichtigt gelassen haben, die ohne seine Mitwirkung der Behörde nicht zur Kenntnis gelangen konnten (VwGH 27.04.2000, 98/10/0003 mwN). Eine solche Schätzung verlangt, dass deren Grundlagen konkret und nachvollziehbar (auch ziffernmäßig) in Anschlag gebracht und daraus schlüssig die monatliche Einkommenssituation abgeleitet wird; in diesem Sinne hat der Verwaltungsgerichtshof etwa die Auffassung vertreten, dass unter einem angenommenen durchschnittlichen Monatseinkommen eines unselbständigen Erwerbstätigen in Österreich das Einkommen zu verstehen ist, das diesbezüglich in amtlich verlautbarten statistischen Unterlagen ausgewiesen wird (VwGH 27.04.2000, 98/10/0003).

In Ermangelung näherer Informationen über die Einkommensverhältnisse des Beschuldigten geht die KommAustria vom Durchschnittseinkommen eines unselbständigen Erwerbstätigen aus. Das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen eines unselbständigen Erwerbstätigen für das Jahr 2011 beträgt nach Angaben der Statistik Austria EUR 29.017,--.

Der Strafbemessung wird daher im vorliegenden Fall ein monatliches Bruttoeinkommen in Höhe von mindestens EUR 2.073,-- zugrunde gelegt. Unterhalts- oder Sorgepflichten wurden vom Beschuldigten keine angegeben

Als strafmildernd war anzusehen, dass es sich hierbei um die bisher erste Verwaltungsübertretung dieser Art handelt. Darüber hinaus hat sich auf Grund der Abgabe fristgerechter Meldungen im Zuge der Meldephase von 01.01. bis 15.01.2013 gezeigt, dass bereits wirksame Maßnahmen gesetzt wurden, um zukünftige Rechtsverletzungen zu vermeiden und eine bessere Kontrolle zu gewährleisten. Zudem ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Meldepflicht nach dem MedKF-TG um eine gänzlich neue gesetzliche Verpflichtung des Sanitätsgemeindeverbandes Marchtrenk handelt und der Verstoß die erste Meldephase betrifft. Erschwerungsgründe liegen keine vor.

Unter Berücksichtigung des Schuldausmaßes, das angesichts der dargestellten Milderungsgründe und dem Fehlen von Erschwerungsgründen nicht wesentlich über dem im Sinne des § 21 Abs. 1 VStG umschriebenen geringfügigen

Verschulden liegt, konnte mit Strafen von jeweils EUR 60,-, welche am untersten Ende des Strafrahmens angesiedelt sind (Höchstmaß EUR 20.000,-) das Auslangen gefunden werden. Der Strafbemessung wurde das festgestellte Einkommen des Beschuldigten zugrunde gelegt.

Wird eine Geldstrafe verhängt, so ist gemäß § 16 Abs. 1 VStG zugleich für den Fall ihrer Uneinbringlichkeit eine Ersatzfreiheitsstrafe festzusetzen. Gemäß § 16 Abs. 2 VStG darf die Ersatzfreiheitsstrafe das Höchstmaß der für die Verwaltungsübertretung angedrohten Freiheitsstrafe und, wenn keine Freiheitsstrafe angedroht und nicht anderes bestimmt ist, zwei Wochen nicht übersteigen. Eine Ersatzfreiheitsstrafe von mehr als zwei Wochen ist, wenn keine Freiheitsstrafe angedroht ist, nicht zulässig. Sie ist ohne Bedachtnahme auf § 12 VStG nach den Regeln der Strafbemessung festzusetzen. Die festgesetzten Ersatzfreiheitsstrafen von jeweils einer Stunde erscheinen der KommAustria mit Rücksicht auf die obigen Ausführungen zur Bemessung der Geldstrafe angemessen.

#### **4.6. Kosten des Strafverfahrens**

Gemäß § 64 Abs. 1 VStG ist in jedem Straferkenntnis und in jeder Entscheidung eines unabhängigen Verwaltungssenates, mit der ein Straferkenntnis bestätigt wird, auszusprechen, dass der Bestrafte einen Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens zu leisten hat. Gemäß § 64 Abs. 2 VStG ist dieser Beitrag für das Verfahren erster Instanz mit 10% der verhängten Strafe, für das Berufungsverfahren mit weiteren 20% der verhängten Strafe, mindestens jedoch mit je EUR 1,50 zu bemessen; bei Freiheitsstrafen ist zur Berechnung der Kosten ein Tag Freiheitsstrafe gleich EUR 15,- anzurechnen. Der Kostenbeitrag fließt der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand der Behörde zu tragen hat.

Vor diesem Hintergrund war auszusprechen, dass der Beschuldigte einen Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens in Höhe von 10% der verhängten Strafe zu leisten hat.

#### **4.7. Haftung des Sanitätsgemeindeverbandes B**

Gemäß § 9 Abs. 7 VStG haften juristische Personen und eingetragene Personengesellschaften sowie die in § 9 Abs. 3 VStG genannten natürlichen Personen für die über die zur Vertretung nach außen Berufenen oder über einen verantwortlichen Beauftragten verhängten Geldstrafen, sonstige in Geld bemessene Unrechtsfolgen und die Verfahrenskosten zur ungeteilten Hand. Es war daher auszusprechen, dass der Sanitätsgemeindeverband B für die über den Beschuldigten verhängten Geldstrafen zur ungeteilten Hand haftet.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

#### **Rechtsmittelbelehrung:**

Sie haben das Recht, gegen diesen Bescheid **Berufung** zu ergreifen.

Die Berufung ist innerhalb von **zwei Wochen** nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich oder mündlich bei uns einzubringen.

Wenn für die schriftliche Einbringung auch technische Übertragungsmöglichkeiten (z.B. Fernschreiber, Telefax, E-Mail) zur Verfügung stehen, ist das als Ergänzung zu unserer Anschrift angegeben. Bitte beachten Sie jedoch, dass der Absender die mit jeder Übermittlungsart verbundenen Risiken (zB Übertragungsfehler, Verlust des Schriftstückes) trägt.

Die Berufung hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, zu bezeichnen und – ausgenommen bei mündlicher Berufung – einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten.

Die Berufung hat **aufschiebende Wirkung**, das heißt, der Bescheid kann bis zur abschließenden Entscheidung nicht vollstreckt werden.

Falls Sie innerhalb der Berufungsfrist die Beigebug eines Verteidigers beantragen, so beginnt die Berufungsfrist erst mit dem Zeitpunkt der Zustellung des Bescheides über die Bestellung zum Verteidiger und des anzufechtenden Bescheides an diesen zu laufen. Wird der rechtzeitig gestellte Antrag auf Beigebug eines Verteidigers abgewiesen, so beginnt die Berufungsfrist mit der Zustellung des abweisenden Bescheides an Sie zu laufen.

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

Mag. Michael Ogris  
(Vorsitzender)

Zustellverfügung:

1. B, p.A. Sanitätsgemeindeverband B, per RSb.
2. Sanitätsgemeindeverband B, per RSb.